

Zusammenfassung der Studie

Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz

„Wirtschaftsjournalismus in der Krise

- Zum massenmedialen Umgang mit Finanzmarktpolitik“

(Studie der Otto Brenner Stiftung, Arbeitsheft 63, Frankfurt am Main, März 2010)

„Wenn eine Gruppe von Bankern hunderte Milliarden Dollar an Boni dafür kassiert, dass sie weltweit Billionen Dollar an Vermögen und hundert Millionen Arbeitsplätze vernichten, ...“
(John Talbott, ehemaliger Banker von Goldman-Sachs)

... dann wollen wir wissen, welche Rolle der Journalismus dabei gespielt hat.

I. Warum haben Stiftung und Autoren dieses Thema ausgesucht?

Es gibt im Wesentlichen vier Gründe:

- a) Es handelt sich mit der schwerwiegendsten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der letzten 60 Jahre um ein gesellschaftliches Ereignis höchsten Ranges.
- b) Finanzmärkte stellen mit Geld und Krediten Gesellschaft und Wirtschaft ein quasi-öffentliches Gut zur Verfügung. Damit hat die Finanzmarkt Branche eine herausragende Bedeutung und muss deshalb per se unter besonders aufmerksamer Beobachtung des journalistischen Systems stehen; erst recht da diese Branche so selbstverständlich an Krisen leidet wie der Normalsterbliche im Herbst an Schnupfen.
- c) Es gab von Beginn der Krise an eine Debatte über die Rolle der Massenmedien und der Qualität ihrer Arbeit. Die Studie soll diese Debatte befördern.
- d) Diese Krise und die Auseinandersetzung über sie sind von weitreichender Bedeutung, da sich in ihr wie in einem Brennglas grundlegende gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen der vergangenen Jahrzehnte widerspiegeln bis hin zur Frage nach der Zukunft der Risikogesellschaft.

II. Warum wurden diese Medien ausgesucht?

Es sollten zwei Arten von Massenmedien untersucht werden:

- a) Die herausragenden überregionalen Tageszeitungen, für welche die Themen Wirtschaft und Finanzen eine wichtige Rolle spielen und die – mit Ausnahme der TAZ, siehe unten - zudem personell, fachlich, finanziell und publizistisch so stark sind, dass sie eine qualitativ hoch stehende Arbeit leisten können.
- b) Herausragende Medien, die vergleichbar gut ausgestattet sind und die direkt oder indirekt ein Millionen-Publikum informieren. Deshalb wurden die ARD-Formate „Tagesschau“ (TS) und „Tagesthemen“ (TT) ausgewählt; die „Tagesschau“ erreicht in

der Regel täglich zehn Millionen Zuschauer. Und deshalb wurde die „Deutsche Presseagentur“ (DPA) ausgewählt, die mit ihren Angeboten fast alle anderen aktuellen Medien in Deutschland beliefert, vor allem die Regionalzeitungen. Es ist davon auszugehen, dass bei den Regionalzeitungen und weiteren regionalen und lokalen Medien die nationale und internationale Wirtschaftsberichterstattung wesentlich von DPA geprägt wird.

III. Was wurde nicht untersucht?

Wöchentliche und monatliche Print-Produkte, Privat-Fernsehen, ZDF, Internet- und Hörfunk-Angebote wurden nicht untersucht. Es handelt sich auch bei den ausgewählten Medien nicht um eine Vollerhebung, sondern um eine zeitlich begrenzte und auf wichtige Ereignisse konzentrierte Teil-Untersuchung.

IV. Was haben die Autoren konkret untersucht und wie?

Die Autoren gingen von drei erkenntnisleitenden Fragen aus:

- hat der Wirtschafts- und Finanzjournalismus über die hier interessierenden Themenbereiche umfassend informiert?
- lieferte er Orientierung?
- wurde er seiner Funktion als Frühwarnsystem gerecht?

Die Autoren haben in dem Zeitraum von Frühjahr 1999 bis Herbst 2009 insgesamt 16 bedeutende Ereignisse ausgesucht und untersucht. Sie unterstellen dabei, dass die tagesaktuellen Medien vor allem in Verbindung mit wichtigen aktuellen Ereignissen über ein Thema berichten; insbesondere über eines wie Finanzmärkte und Finanzmarkt-Politik, das als schwierig und schwer zu vermitteln gilt. Die 16 Ereignisse wurden in vier Zeitphasen eingeteilt. Für jede der vier Zeitphasen erstellten die Autoren ein besonderes Anforderungsprofil aus handwerklichen und inhaltlichen Kriterien, anhand dessen sie die Arbeit der fünf Tageszeitungen bewerteten.

Es wurden bezogen auf diese 16 Ereignisse die Berichterstattung der überregionalen Tageszeitungen „Handelsblatt“ (HB), „die tageszeitung“ (TAZ), „Süddeutsche Zeitung“ (SZ), „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) und „Financial Times Deutschland“ (FTD) – insgesamt 822 Artikel – ebenso untersucht wie die Berichterstattung von „Tagesschau“ (TS) und „Tagesthemen“ (TT) mit 141 Beiträgen und der Basisdienst der „Deutschen Presseagentur“ (DPA) mit 212 Meldungen (siehe S. 54 – 150 der Studie).

Es wurden zu weiteren fünf bedeutenden Ereignissen Fallstudien angefertigt (siehe Seite 41 – 54 der Studie). Mit sieben leitenden Redakteuren und drei Wissenschaftlern wurden Intensiv-Interviews geführt (siehe S. 151 – 226 der Studie).

In einem umfangreichen Literaturbericht werden alle wesentlichen Erkenntnisse über die Arbeitsbedingungen des tagesaktuellen Wirtschafts- und Finanzjournalismus und über die Themenbereiche Finanzmärkte, Finanzmarktkrise und Finanzjournalismus aufgearbeitet (siehe S. 227 – 265 der Studie).

V. Wie groß sind die Unterschiede zwischen Wirtschafts- und Politik-Journalismus?

Politik gilt als öffentliche Veranstaltung, Wirtschaft vor allem und immer noch als Privatgeschäft.

Der politische Journalismus berichtet über das Öffentliche und über Akteure (Parteien, Parlamente, Regierungen, weitere Verbände), die sich nur über das Öffentliche "verwirklichen" können. Um dies zu tun, ist der Journalismus zwar nicht ihr einziges, aber ihr unentbehrliches Instrument. Deshalb hat der politische Journalismus aufgrund seiner konstitutiven politischen Rolle eine ungleich bessere Position, ungleich bessere und informativere ständige Zugänge zu Informationen, eine ungleich bessere Beobachterposition als der Wirtschaftsjournalismus.

Der Wirtschaftsjournalismus berichtet über ein System, das privat organisiert ist. Dieses System "veröffentlicht" seine Waren und Dienstleistungen, nicht (wie die Politik) seine Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse. So hat es der Wirtschaftsjournalismus sehr viel schwerer, an gute verständliche Informationen beispielsweise über Unternehmen "heranzukommen". Er bedenkt sehr viel stärker mögliche negative wirtschaftliche Folgen seiner Berichterstattung.

Der Journalismus ist für das Wirtschaftssystem kein konstitutives Kommunikationsinstrument, sondern nur eines neben anderen (Werbung, Marketing). Der Wirtschaftsjournalismus hat – schon von seiner Geschichte her – die jeweils herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse mit ihren dazu gehörenden Werten und Normen nicht in Frage gestellt, sondern als Grundlage der eigenen Arbeit akzeptiert. Das macht sich bis heute in seinen grundsätzlichen Problemen bemerkbar, auf kritische Distanz zu seinem Beobachtungsgegenstand zu gehen und sich in dieser Position auch zu halten.

Die These der Autoren: *Hätte der Wirtschaftsjournalismus dieselben Informationsrechte, Zugänge und kritischen Maßstäbe wie der Politikjournalismus, stünde die Wirtschaft mit ihrer Reputation sehr viel schlechter da. Der auffällige Unterschied im journalistischen Umgang mit Landesbanken und Privatbanken dürfte ein Beispiel dafür sein. Selbstverständlich gibt es wachsende Grauzonen: So werden unter anderem höhere Anforderungen an die gesellschaftliche Verantwortung der privaten Unternehmen gestellt – siehe u. a. die zunehmend intensiver werdende Debatte über unternehmerische und soziale Verantwortung (CSR). Dies ändert jedoch nichts an dem grundsätzlichen Unterschied.*

VI. Wie lauten die wichtigsten Befunde der Studie?

In drei Sätzen: *Der tagesaktuelle deutsche Wirtschaftsjournalismus hat als Beobachter, Berichterstatter und Kommentator des Finanzmarktes und der Finanzmarktpolitik bis zum offenen Ausbruch der globalen Finanzmarktkrise schlecht gearbeitet; Pfusch am Bau nennt man das im Handwerk. Die besten Tageszeitungen dieser Republik sind erst mit dem Krach der Krise publizistisch und journalistisch "erwacht". DPA und ARD-Aktuell machten auch dann in ihrer handwerklich schlechten Alltagsroutine einfach weiter wie zuvor.*

In mehr Sätzen: Die untersuchten tagesaktuellen Massenmedien haben über Jahre hinweg die Entwicklung der Finanzmärkte und die Finanzmarktpolitik sowie das umfangreiche kompetente und prominente kritische Wissen darüber ignoriert. Obwohl ihnen bewusst war, dass die Krise spätestens mit den EZB-Interventionen im August 2007 gegeben war, berichteten sie zwar darüber, verblieben jedoch weitgehend in ihren Routinen. Sie wurden damit ihrer Rolle als Frühwarnsystem der Gesellschaft nicht gerecht. Erst mit dem "offiziellen", faktisch von Politik und Wirtschaftseliten ausgerufenen Beginn der Krise im September 2008 setzte auch in den Massenmedien eine der Situation angemessenere Berichterstattung ein.

Die Nachrichtenagentur DPA und die ARD-Nachrichtensendungen "Tagesschau" und "Tagesthemen" versagten – im Gegensatz zu den Print-Leitmedien – handwerklich nicht nur in den Jahren zuvor, sondern auch vor den inhaltlichen Herausforderungen der Berichterstattung über die Krise selbst.

Der Wirtschafts- und in diesem Fall Finanz- und Finanzmarktjournalismus hat sich meist intensiv um die Perspektive der Anbieter und Anleger/Nachfrager gekümmert: Es wurden Produkte, Unternehmen und das Börsen-Geschehen dargestellt und analysiert; innerhalb dieser Perspektive gab und gibt es übrigens noch einmal eine Verengung, da Renditen, Marktchancen und Investitionen eine Rolle spielen, jedoch nicht soziale und ökologische Aspekte, Qualität und Zahl der Arbeitsplätze, Qualität der Produkte und die gesellschaftlichen Folgen der jeweiligen unternehmerischen Tätigkeit.

Die kritische Darstellung der neuen Finanzbranche, ihr Wandel von einem Dienstleister zu einer Art Finanzindustrie, die Folgen daraus für das Gemeinwohl, also die Perspektiven von Volkswirtschaft und Gesellschaft waren dagegen kein Thema. Wenn berichtet wurde, dann über die neue Finanzindustrie als Zeichen von internationaler Wettbewerbsfähigkeit und als Quelle für Gewinne und Arbeitsplätze am Standort Deutschland. Hier handelt es sich um eine Perspektivenverengung mit enormen Wirklichkeitsverlusten, die als schwere journalistische Verfehlung einzustufen ist.

Es gab nicht nur kompetentes, prominentes und gut zugängliches kritisches Wissen – wie der Literaturbericht der Studie ausführlich belegt –, es gab zudem in dem Zeitraum von 1999 bis Mitte 2007 mehrere von den Autoren untersuchte aufmerksamkeitsstarke Ereignisse – siehe u. a. Rücktritt von Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine, "Heuschrecken-Debatte" im Frühjahr 2005, DGB-Kongress Mai 2006, G-8-Gipfel Frühsommer 2007, die Anlass für eine entsprechende Berichterstattung hätten sein können, aber ebenfalls ungenutzt blieben.

Von Mitte des Jahres 2007 an hätten die Massenmedien ihrer Rolle als Frühwarnsystem gerecht werden können und müssen. Sie haben in dieser Frage versagt. Mitte 2007 berichteten sie zwar intensiv über die EZB-Finanzinterventionen, aber auf Basis von Einschätzungen von Bankern, Politikern und Wissenschaftlern lautete die eigentliche Botschaft: Die große Krise wird nicht kommen. Ein Jahr später war sie dann unwiderruflich da. Es gab eine Ausnahme: die TAZ, welche die Ereignisse in einen politisch-gesellschaftlichen Zusammenhang stellte, also einen erklärungskräftigeren Deutungs- und Analyserahmen wählte als die anderen Medien, welche die Ereignisse ausschließlich der Sphäre der Finanzmärkte zuordneten und letztlich als unpolitisch und zudem jenseits der Realökonomie ansahen.

Die journalistische Arbeit in dieser Phase der Vorkrise (2007) hat andere Rahmenbedingungen als in der Phase vor der Krise (bis 2007). Vor der Krise gibt es nach den Recherchen (vgl. Literaturbericht) der Autoren zwar umfangreiches kritisches und kompetent-prominentes Wissen, das gut zugänglich ist. Damals bedurfte es jedoch erheblicher eigener Anstrengungen, um einerseits dieses Wissen zu heben, aufzuarbeiten und andererseits es gegen eventuelle redaktionsinterne Widerstände zu publizieren und sich damit offen gegen einen gesellschaftlichen Mainstream zu stellen. Im Gegensatz dazu waren im Laufe des Jahres 2007 kritisches Wissen, tatsächliche Krisen und beispielsweise kritische Einlassungen von Regierungspolitikern über die Ereignisse nicht mehr zu übersehen und mit Händen zu greifen. Trotzdem wurde dies alles immer noch erkennbar zu gering gewichtet.

Für die Berichterstattung über die Krise und ihre Folgen gilt: Ob, wie und wann der Staat wieder den Rückzug antritt, wird stärker erörtert als die Frage, wie die Folgelasten der Krise verteilt werden.

Vor allem SZ, FAZ und HB haben viel zu lange an einem Deutungsrahmen festgehalten – der Markt reguliert via Preis das Wirtschaftsgeschehen effizient, der Staat soll sich heraushalten, – der den Ereignissen nicht mehr gerecht wurde. Deshalb war sogar ihre zunehmend qualitativere Berichterstattung in der Krise mit einem Orientierungschaos verbunden. Sie reflektierten diese Defizite nicht und blockierten sich so, zu einem neuen Verständnis zu kommen. Dieser journalistische Reflexionsmangel entpuppt sich als ein echtes Hindernis für die Gesellschaft zu lernen.

Der Wirtschaftsjournalismus verliert seinem Publikum gegenüber kein Wort über seine Defizite der Vergangenheit. Als ob nichts gewesen wäre, präsentiert er sich Tag für Tag als ein Kommunikator, für den sich die Frage nach seiner Glaubwürdigkeit noch nie gestellt hat. Die wesentlichen Erkenntnisse aus den Fallstudien, den empirischen Untersuchungen und aus dem Literaturbericht stützen sich jeweils und widersprechen sich nicht.

VII. Welche besonderen Erkenntnisse gibt es über die Arbeit von DPA?

Der Journalismus von DPA besteht im Kern aus dem Zusammenfügen von Zitaten und Stellungnahmen der jeweils wichtigen Akteure rund um aktuelle wichtige, meist regierungs-offizielle Ereignisse.

Es werden selten, wenn, dann nur sehr unzureichend Zusammenhänge hergestellt und Ereignisse erläutert; siehe die Darlegung von Motiven, Wirkungen, Interessen, die hinter Ereignissen und Entscheidungen stehen. Insofern kann das Publikum von DPA – im Kern Redakteure von Medien jeglicher Art – deren Berichterstattung nur verstehen und in seiner Bedeutung einschätzen, wenn es selbst eine vergleichsweise hohe Themen-Kompetenz (aktuelles Wissen, Verstehen) aufweist. Werden DPA-Meldungen in den Medien selbst unbearbeitet abgedruckt oder verlesen, was bei regionalen und lokalen Medien die Regel ist, dann ist davon auszugehen, dass das “normale” Publikum die Informationen nicht versteht und kaum einordnen kann.

In den DPA-Meldungen dominieren meist die jeweils offiziell wichtigsten Akteure, vor allem also die Vertreter der Regierungen, Fraktionen, Parteien und wichtigen Verbände. Deutungshoheit in der Finanzmarktpolitik hat die Regierung, ihrer Interpretationslinie

passt DPA sich an wie der Autofahrer im Nebel dem weißen Mittelstreifen. Das mehrfach erwähnte umfassende kritische Wissen und deren Vertreter werden bei dieser Art des DPA-Journalismus nur beiläufig oder nicht zur Kenntnis genommen.

In Summa: Die Informationsleistung von DPA in Sachen Finanzmarktpolitik ist hoch defizitär. Die Orientierung, die DPA in diesem Zusammenhang gibt, ist Desorientierung. Der finanzmarktpolitische DPA-Journalismus ist Trivialjournalismus.

VIII. Welche besonderen Erkenntnisse gibt es über die Arbeit von ARD-Aktuell?

Die Redaktion ARD-Aktuell ließ sich von der Finanzmarktkrise in ihrer Routine nicht stören. Dafür können zwei Belege angeführt werden: Das Grundprinzip der TS, in den 15 Minuten eine Vielzahl von Themen „anzubieten“, wurde in den untersuchten Sendungen nicht unterbrochen. Und es gab nach „Ausbruch“ der offenen Krise nur zwei „Brennpunkte“, also nur zwei Sondersendungen.

Da die Sachverhalte kaum erläutert und selten inhaltliche Zusammenhänge hergestellt werden, ist mit gutem Grund davon auszugehen, dass die Berichterstattung zu dem hier interessierenden Thema vom größten Teil des Publikums nicht verstanden wird. Die Redaktion arbeitet „perspektiven-arm“: Das heißt, im Mittelpunkt der Arbeit stehen die jeweils offiziell wichtigsten Akteure: Vertreter der deutschen Regierung zuallererst, Bankenvertreter, wenige Wissenschaftler und deren Sichtweisen.

Der Befund der „Perspektiven-Armut“ gilt für die Informationsarbeit ebenso wie für die Kommentierung. Das direkte Geschehen an der Börse und deren Perspektive nehmen in der Wirtschaftsberichterstattung einen ungewöhnlich umfangreichen Platz ein.

IX. Haben sich die Printmedien wesentlich voneinander unterschieden?

Die fünf untersuchten Printmedien unterscheiden sich in ihrem gesellschaftspolitischen und publizistischen Charakter in vielen Hinsichten. Die Unterschiede in der hier untersuchten Berichterstattung sind zwar sichtbar, bleiben aber graduell. Keine der Zeitungen schneidet in jeder der vier Phasen am besten oder am schlechtesten ab. Die FTD erreicht insgesamt Platz eins.

Zwei Gründe sind dafür ausschlaggebend: Die FTD-Redaktion bedient auch den Mainstream, aber sie dient ihm nicht; immer wieder öffnet sie den Horizont, lässt querköpfige Positionen, gegenläufige Argumentationen zu Wort kommen. Die FTD-Redaktion hat im Verlauf der Krise finanzmarktpolitische Fachkompetenz aufgebaut und ihren Blick für Zusammenhänge geschärft.

Das gilt auch für das HB, das bald sehr konsequent und kontinuierlich von allen wichtigen Akteuren Konsequenzen aus der Krise einklagte, und deshalb zusammen mit der TAZ Platz zwei belegt. Die TAZ hat ihren Vorteil, aus einem anderen, realistischeren Deutungsrahmen heraus auf die Ereignisse zu schauen, durchaus genutzt, aber sie hat nicht die redaktionellen Ressourcen, um das Mega-Ereignis Krise umfassend aufarbeiten zu können.

SZ und FAZ sind auf Platz drei gelandet. Sie haben bis zum offenen Ausbruch der Krise pure Desorientierung geliefert, haben sich dann jedoch deutlich verbessert.

X. Warum haben sich die Medien so verhalten, wie sie sich verhalten haben?

Es muss bedacht werden, dass ein mächtiger Mainstream von verantwortlichen Akteuren aus Politik und Wirtschaft ausschließlich die Vorteile der neuen Finanzindustrie betonten und bis zuletzt die Möglichkeit von krisenhaften Entwicklungen verneinte.

Die offiziellen Lehrstuhl-Wirtschaftswissenschaften waren zunehmend inhaltlich und in ihren Ansätzen mathematisiert und homogenisiert. Sie fielen als kritischer Braintrust des Wirtschaftsjournalismus aus. Im Gegensatz dazu kann der Politische Journalismus auf das Wissen von Politischen Wissenschaften zurückgreifen, die aus sehr vielfältigen Perspektiven auf die Gegenwart schauen. Der Ansatz der politischen Ökonomie, die Wirtschaft eingebettet in Anforderungen von Ethik und Gesellschaft zu betrachten, ist so gut wie verschüttet; auch sie fehlt, um dem Wirtschaftsjournalismus zu "helfen".

Für die Massenmedien spielt – so die These der Autoren – bei der Wahl der Themen, der Aspekte und der Perspektiven der vermutete "gesellschaftliche Resonanzboden", den das Thema vorfindet, eine wesentliche Rolle. Themen und Argumentationsmuster, die dem Publikum vertraut und die erprobt sind, werden bevorzugt; sie verlangen, oft in Stereotypen dargestellt, in Recherche und Darstellung auch weniger Aufwand, sie funktionieren "ohne viele Worte". Für das hier interessierende Thema war ein solcher Resonanzboden (noch) nicht vorhanden.

Zeitlich parallel zu den zunehmenden Krisenerscheinungen in der "Finanzwelt" entwickelte sich das wirtschaftliche Geschehen positiv: Die Steuereinnahmen stiegen, die Zahl der Arbeitslosen sank ebenso wie die Schulden des Staates. Es gab sozusagen zeitgleich zwei sich widersprechende Diskurse: einen Krisendiskurs und einen Prosperitätsdiskurs.

Offensichtlich gab es in den Redaktionen einen zu geringen inhaltlichen Austausch vor allem zwischen den Politik- und Wirtschaftsredaktionen – sie schauten einander nicht über die Schulter. So war der Politikjournalismus nicht sensibilisiert für die Risiken und die Zustände auf den Finanzmärkten, und der Wirtschaftsjournalismus erkannte offenkundig nicht die politischen Dimensionen seiner Berichterstattungsgegenstände.

Wir haben es also mit einem entpolitisierten Wirtschaftsjournalismus zu tun. Zu dessen Merkmalen gehören auch die folgenden: Den Repräsentanten des (partei)-politischen Systems wird per se in Wirtschafts- und Finanzfragen der Sachverstand abgesprochen. Die Repräsentanten und Akteure des Wirtschafts- und Finanzsystems (Manager, Unternehmer, Verbandsvertreter) werden dagegen als kompetent angesehen. Sie werden als sachkundige Wirtschaftsführer auch in der Berichterstattung dargestellt. Die Tatsache, dass sie zuallererst harte Vertreter eigener Interessen sind, wird zu gering gewichtet.

Zwei weitere mögliche Gründe: Zum einen war die Deutung, der Markt werde es richten und der Staat störe dabei nur, vermutlich auch in Wirtschaftsredaktionen die

herrschende Deutung. Wer dieser Deutung anhängt, der sieht keine Notwendigkeit, sich aus volkswirtschaftlicher und kritischer Perspektive mit den Finanzmärkten zu beschäftigen, der begrenzt sich von vornherein auf die betriebswirtschaftliche und unternehmerische Perspektive. Und zum anderen galt und gilt die hier interessierende Thematik bei den Wirtschaftsjournalisten selbst als sehr komplex und undurchschaubar, so dass ihre Scheu vor dem Komplexen ein (zusätzlicher) Grund sein konnte, das Thema beiseite zu legen.

XI. Gibt es Erkenntnisse am Rande, die bemerkenswert sind?

Ja, es gibt einige markante Fundstücke.

- In Verbindung mit einer Untersuchung von Sebastian Dullien kann gesagt werden, nur eine sehr kleine Schar von Wirtschaftswissenschaftlern kommt regelmäßig und damit sehr häufig in den Massenmedien zu Wort: Rürup, Sinn, Gerke, ... – das war's.
- Die Autoren untersuchen die Berichterstattung des tagesaktuellen (Wirtschafts-) Journalismus über die Finanzmarktkrise und die Finanzmarktpolitik. Jedoch: Das Wort "Finanzmarktpolitik" gab es viele Jahre gar nicht. Es tauchte erst in den ersten Monaten der Krise vereinzelt auf. Ein kleiner, aber vielsagender Fund, der die Einschätzung stützt: Finanzmärkte werden (oder wurden) als politikfreie Räume angesehen.
- Die Krise heißt bis heute „die Krise“. Sie hat also noch keinen Namen. Deshalb haben die Autoren sich erlaubt, sie zu taufen: die globale Krise der Großen Spekulation.
- Gerechtigkeit? Gerecht? Es geht hier um das Verdienen und Verbrennen von hunderten Milliarden Euro. Aber das Wort "Gerechtigkeit" und seine Variationen spielen in der Berichterstattung so gut wie keine Rolle. Da diese Dimension keine Rolle spielt, wird in den Massenmedien auch die folgende Frage sehr selten gestellt: Wer zahlt die Zeche?
- Diese Krise war nur möglich, weil weltweit immer mehr Milliarden Euro nach renditeträchtigen spekulativen Anlagen suchten. Dieses wiederum war nur möglich, weil der private Reichtum in den vergangenen Jahren immens gewachsen ist. Diese Ursachendeutung von Gewerkschaften, tendenziell linken Parteien und sozialen Bewegungen ist in den Massenmedien nicht zu finden. Sie wird auch in den Qualitätszeitungen, auch in der TAZ, auch auf dem Höhepunkt der Krisenbeschreibungen nur am Rande erwähnt.

XII. Welche Schlussfolgerungen ziehen die Autoren für den Journalismus?

1. Das journalistische System sollte anhand dieses Themas zu einer selbstkritischen Diskussion bereit sein und diese führen. Dazu gehört auch, die Kritiker von einst heute ernst zu nehmen und zu fragen, warum sie recht oder ob sie einfach nur Glück mit ihren Prognosen hatten. Es ist zu oft heute festzustellen, dass der folgende herablassende und inhaltlich anspruchslose Umgang mit den Kritikern von einst überwiegt: Wer immer warnt, wird einmal Recht bekommen. Wer so argumentiert, so ist zu befürchten, ist zu einer selbstkritischen Diskussion nicht bereit. Der Journalismus sollte sich aus den erkannten eigenen Defiziten und den offenkundigen von anderen Akteuren in Politik und Wirtschaft eine große Aufgabe zueigen machen: Die Debatte über dieses

gesamtgesellschaftliche Versagen zu initiieren und ein nachhaltiges Forum dafür zu bieten.

2. Es hat in unserer Gesellschaft nicht an kompetenten, prominenten und gut zugänglichen Warnungen vor den Risiken des Finanzmarktes gefehlt. Wie Redaktionen künftig mit kritischem Wissen umgehen, das sich in einer minoritären Lage befindet und vom Mainstream ignoriert oder abgelehnt wird, halten wir für die wichtigste Lernfrage zur Großen Spekulation.

Organisation, Ausstattung und Arbeitsabläufe in den Redaktionen müssen auch danach ausgerichtet werden, dass sie kritische Diskussionen, Widerspruch und das Überprüfen des anscheinend Selbstverständlichen alltäglich machen. Untypische Quellen, sperrige Informationen und Gegenargumente müssen eine größere Chance erhalten. Um diese kritischen Perspektiven arbeitsrelevant zu machen, müsste beispielsweise aus dem Anliegen der kontroversen Darstellung ein handwerkliches Prinzip werden. Denn es ist eine der originären Aufgaben des Journalismus, seinem Publikum einen Pluralismus an Sichtweisen auf die Wirklichkeit zu bieten.

Es gibt zahlreiche praktikable Vorschläge, wie dieser neue Umgang in den Redaktions-Alltagen umgesetzt werden könnte:

- zu wichtigen Themen den Widerspruch in Redaktionssitzungen “institutionalisieren”; es gibt *Advocati Diaboli*;
- minoritäres Wissen per se höher gewichten; u. a. bei der Auswahl von Interviewpartnern und Gastautoren;
- wichtige Themen grundsätzlich kontrovers in den Medien darstellen;
- in der Darstellung der Themen künftig keine wichtige Perspektive vernachlässigen: Anleger, Anbieter und Gesellschaft/Gemeinwohl;
- die Wirtschafts- und Politikressorts schauen sich “inhaltlich” ständig gegenseitig über die Schulter; sie organisieren diesen inhaltlichen Austausch als nachhaltigen Gewinn an Perspektivenvielfalt und an kritischem Blick.

3. In Aus- und Weiterbildung muss stärker als bisher darauf geachtet werden, dass die Fachkenntnisse und das Herstellen von Zusammenhängen gleichermaßen trainiert werden.

4. Der Wirtschaftsjournalismus muss seinen Blick auf die Akteure, über die er berichtet, grundlegend verändern: Manager und Unternehmer sind natürlich auch Stimmen der Kompetenz. Aber zuerst verstehen sie sich als Vertreter eigener Interessen, als Öffentlichkeitsarbeiter im Dienste der eigenen Sache. Es muss zur Regel werden, die Verflechtung von Interessen und die Verflechtung der Akteure in Interessen kontinuierlich offen zu legen. Insofern geht es auch um ein neues Selbstverständnis eines unabhängigen kritischen Wirtschaftsjournalismus.

5. Der Journalismus sollte im Grundsatz bedenken, ob er nicht deutlich mehr Ressourcen auf die Arbeit des Erklärens und Analysierens verlagert zu Lasten der Ressourcen für das Ziel der Aktualität.

6. Das öffentlich-rechtliche System, das materiell und letztlich auch inhaltlich unter erheblich besseren Bedingungen arbeitet als das privatwirtschaftlich organisierte

Mediensystem, sollte prüfen, ob es nicht erheblich mehr an Lasten übernehmen kann, kompetente aufklärerische journalistische Arbeit zu übernehmen.

Zu den Autoren:

Hans-Jürgen Arlt war Redakteur bei den Nürnberger Nachrichten, bevor er Pressesprecher und Leiter der Öffentlichkeitsarbeit des DGB wurde. Er ist heute Kommunikationsberater und Lehrbeauftragter am Otto-Suhr-Institut in Berlin

Wolfgang Storz war Chefredakteur von „metall“ und zuletzt Chefredakteur der Frankfurter Rundschau. Er arbeitet heute als Publizist und Lehrbeauftragter an den Universitäten Kassel und Frankfurt

Kontakt und Rückfragen:

Otto Brenner Stiftung
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main

Telefon: 069/6693-2808

Fax: 069/6693-2786

Die Studie kann bei der Otto Brenner Stiftung elektronisch bestellt werden und steht zum Download unter www.otto-brenner-stiftung.de bereit